

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922, — M., vorausschl. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz sowie Österreich und Ungarn 1.00, — M., für das übrige Ausland 1.20, — M. Postzuslagen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Montag, den 4. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontokonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 100, — M. Halbspaltige 500, — M. „Kleine Anzeigen“ des Freitagblattes 45, — M. (täglich zwei fertige Zeilen) 25, — M. Stellenangebote und Schulstellenanzeigen das erste Wort 25, — M., jedes weitere Wort 10, — M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50, — M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Das Scheidemann-Attentat vor Gericht.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik haben sich heute jene beiden Burken zu verantworten, die feinerzeit auf unseren Parteigenossen, den Oberbürgermeister von Kassel, Philipp Scheidemann, das niederträchtige Giftattentat ausführten, das mit Recht in der ganzen Welt Aufsehen erregte.

Es war am Nachmittag des Pfingstsonntags, als Genosse Scheidemann mit seiner Tochter in der Nähe von Wilhelmshöhe einen Spaziergang unternahm. Plötzlich wurde, wie erinnerlich, von einem jungen Mann, der ihn überholte, aus einer Gummipistole unserem Genossen eine Flüssigkeit ins Gesicht gesprengt, die ihn bewußtlos werden ließ. Auf den Ruf seiner Tochter, die einige Schritte hinter ihm war, hatte Scheidemann hinter dem flüchtenden Attentäter einige Schüsse abfeuern können, die leider ihr Ziel verfehlten. Die beiden an dem Ueberfall Beteiligten entkamen, trotzdem nach am selben Tage ihre Verfolgung aufgenommen worden war. Erst monatelang später wurden sie in Oberschlesien entdeckt und in Haft genommen. Man nimmt an, daß auch diese beiden Mordbuben einer jener Geheimorganisationen angehören, die das deutsche Leben seit Jahren unsicher machen. Wenn es ihnen nicht gelungen ist, Scheidemann gleich Rathenau zu „killen“, wie der Fachausdruck Tillessens im Rathenau-Prozess lautete, so lag das lediglich an der gefundenen Konstitution des Ueberfallenen, der von der Blausäure, die aus jenem Gummiball ihm ins Gesicht gespritzt wurde, zwar betäubt, aber nicht getötet wurde. Man weiß, daß Sachverständige über die Gefährlichkeit auch nur geringer Mengen dieses Giftes vollkommen einer Meinung sind. Und wenn den beiden Angeklagten Huster und Dohlschläger jetzt nicht vollendeter Mord, sondern nur ein mißlungener Versuch dazu auf dem Gewissen lastet, so ist das nicht ihr Verdienst, das ihnen mildere Beurteilung verschaffen könnte.

Wir hoffen, daß der Staatsgerichtshof bei der Verhandlung mehr noch als im Tschow-Prozess hineinleuchtet in die Geheimbünde der Mörderorganisationen. Das ist schon deshalb notwendig, weil gerade das mißglückte Attentat auf Scheidemann der deutsch-monarchistischen Presse damals einen willkommenen Anlaß zu Spott- und Hohnreden gab. Unvergessen ist die zynische Art, mit der die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ von dem „Attentat mit der Rüstiersprie“ zu reden pflegte und damit den Ton angab, nach dem in der gesamten deutschnationalen Provinzpresse gepfiffen wurde. Die Absicht lag klar zutage. Man wollte den Ueberfallenen lächerlich machen und die Deffenlichkeit einflößen, damit sie nicht die erforderliche Aufmerksamkeit den Mordorganisationen zuwenden, die im Dunkeln weiter wirtschaften. Erst als die Kern und Genossen mit ihrem Anschlag auf Rathenau mehr Erfolg hatten, als die Volksempörung damals überhäupte, da verschlug es auch den hämischen Leuten von der monarchistischen Presse die Rede. In dem gegenwärtigen Prozess wird der Staatsgerichtshof zu zeigen haben, daß das Schutzgesetz für die Republik nicht nur ein Spielzeug ist, das man nach Stresemanns Wunsch jetzt schon beiseite legen könnte.

Die Verhandlung.

Leipzig 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Prozess über das Blausäureattentat auf den Genossen Scheidemann hat heute morgen bei der Vernehmung des 22-jährigen Angeklagten Huster schon einige sehr bemerkenswerte Tatsachen gebracht, so die, daß die beiden Mordgeheulen sich eines Tages den Scherz gefleht haben, den Ausgang einer Partie Sechsendsechzig darüber entscheiden zu lassen, wer Scheidemann umbringen sollte. Dieses Zeugnis menschlicher Verrohung, das nach den Erfahrungen des Rathenau-Prozesses nicht mehr überraschend wird, wird ergänzt durch die andere Erklärung, daß sich die beiden Attentäter als Ehrhardt-Beute betrachtet haben und als solche auch Angehörige der Organisation Consul zu sein vermeinten. Dabei bestreitet Huster mit Hartnäckigkeit, daß die D. C. mit der Sache etwas zu tun habe, daß überhaupt irgend ein Mensch außer ihm und Dohlschläger von der Tat gewußt habe.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann heute vormittag der Prozess gegen die Angeklagten Huster und Dohlschläger, denen zur Last gelegt wird, am 4. Juni 1922 einen Mordanschlag auf den Oberbürgermeister von Kassel, Philipp Scheidemann, verübt zu haben. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß das Attentat selbst von Huster ausgeführt, der Plan hierzu jedoch von Dohlschläger erdacht war. Um die Lebensweise Scheidemanns beobachten zu können, hatten beide einige Wochen vor dem Attentat in Kassel ein Zimmer gemietet, und zwar waren sie durch das Wohnungsamt an eine Frau v. Schlieben gemietet worden, der sie sich als Kaufleute vorstellten. Nach der Tat verließen sie Kassel und wandten sich nach Oberschlesien, wo sie sich drei Wochen

lang an verschiedenen Orten herumtrieben, um schließlich in der Nähe von Althammer bei Kassel unter falschem Namen als Waldarbeiter Anstellung zu finden. Hier erfolgte dann ihre Verhaftung mit Hilfe eines starken Aufgebots von Schusspolizei und Landjägern. Beide Angeklagte sind in vollem Umfange geständig, bestritten aber eine Mordabsicht, sie hätten vielmehr Scheidemann nur einen Denzettel geben wollen.

Der erste Angeklagte, Hans Huster, ist am 1. Februar 1900 in Elberfeld geboren und hat als Kriegsfreiwilliger in den Jahren 1917 und 1918 gekämpft. Nach der Revolution war er in Elberfeld bei der Sicherheitswehr und bei der politischen Polizei tätig und trat dann im Jahre 1921 in Oberschlesien in die Sturmkompanie Koppe ein. Hier lernte er Dohlschläger kennen, der damals Maschinengewehrschütze war und mit dem er auch später in Verkehr blieb, ebenso wie mit anderen Elberfelder Angehörigen der Sturmkompanie. Nach seinen eigenen Angaben steht er auf deutsch-politischem Boden und gehörte der D. C. an.

Karl Dohlschläger, der am 5. März 1903 geboren ist, stammt aus Althammer bei Kassel. Er hat sich im Kriege zahlreiche Tapferkeitsauszeichnungen erworben und trat dann nach vorübergehender Tätigkeit im Armeekorps nach Ost in die Reichsmarine, und zwar in die Brigade Ehrhardt ein. Bis Januar 1921 war er dann in Ungarn, wo er dem „Berein der erwachenden Ungarn“ angehöre. Dann ging er nach Holstein ins Lockstedter Lager zu einer Siedlung der Eisernen Division und schloß sich im Mai 1921 dem Oberschlesischen Selbstschutz an. Von dort begab er sich nach Oberbayern zur Arbeitsgemeinschaft Schmidt, die aus Angehörigen der 2. Marinebrigade gebildet war. Im Oktober 1921 erhielt er dann eine Stellung als Sicherheitsbeamter bei einer Elberfelder Firma, bei der Huster als Heizer beschäftigt war. An der D. C. will sich Dohlschläger niemals direkt oder indirekt beteiligt haben.

Wegen des Attentates auf Scheidemann schwebt ein Verfahren ebenfalls auch gegen den im Rathenau-Prozess zu 3 Jahren Gefängnis verurteilten

Kapitänleutnant a. D. Karl Tillessen.

der jetzt seine Strafe im Gefängnis zu Rotbus verbüßt. Dieses Verfahren ist jedoch von dem gegen Huster und Dohlschläger abgetrennt worden.

In dem heutigen Prozess vor dem Staatsgerichtshof vertritt Oberreichsanwalt Ebermayer die Anklage selbst, den Vorstoß führt diesmal Senatspräsident Dr. Schmidt, der von seiner Tätigkeit in den Kriegsbeschädigtenprozessen her bekannt ist. Im übrigen legt sich der Gerichtshof fast aus denselben Mitgliedern wie im Rathenau-Prozess zusammen, nämlich aus den Reichsgerichtsräten Böhn und Baumgarten, den Vorkämpfern Reichsanwalt a. D. Fehrenbach, Prof. v. Calker, Zentralarbeitssekret. Hermann Müller, Poissdam, Verhandlungsleiter R. v. L. Hartmann, Verhandlungsleiter Jaedel und dem württembergischen Gesandten Hildensbrandt. Die Angeklagten werden von den Rechtsanwältinnen Dr. Luettebrunne, Göttingen, Paul Bloch, Berlin, und Justizrat Heuhner, Cassel, verteidigt. Als Nebenkläger ist Oberbürgermeister Scheidemann zugelassen, dem Justizrat Werthauer, Berlin, als Rechtsbeistand zur Seite steht. Im Reichsgericht ist der übliche polizeiliche Sicherheitsdienst eingerichtet. Der Andrang des Publikums ist nicht übermäßig stark. Nach Verlesung der Anklage, die beiden Angeklagten Mordversuch vorwirft, Dohlschläger außerdem noch unerlaubten Waffenbesitz, ermahnte der Vorsitzende die Angeklagten, ihre Tat nicht zu beschönigen, sondern wahrheitsgemäß alles zu bekennen, wie es eines Mannes würdig ist.

Huster selbst wies er darauf hin, daß er kürzlich in einer anderen Sache als Zeuge aufscheinend die volle Wahrheit gesagt habe, und daß er, der Vorsitzende hoffe, Huster würde es auch in diesem Falle tun. Es könne ihm nur zum Ruhm gereichen. Der Angeklagte Huster äußerte sich dann auf Befragen des Vorsitzenden zunächst darüber, wie er mit Dohlschläger in Verkehr gekommen war. „Am die Weihnachtszeit 1921, erklärte Huster, kam zum erstenmal gelegentlich das Gespräch darauf, republikanische Führer legendenweise politisch zu befehligen. Von einem bestimmten Attentat war dabei aber noch nicht die Rede. Ich war Mitglied der Jugendgruppe des deutsch-politischen Schutz- und Trutzbundes, stand auf deutschem Boden und nahm daselbst auch von Dohlschläger an. Anfang 1922 ging ich dann nach Köln und im April besuchte mich Dohlschläger dort im Restaurant „Deutsche Klausur“. Hier zeigte er mir

eine Schrift des Obersten Bauer über Scheidemann und Gen.

Während wir vorher gewillt waren, nach der Türkei zu gehen und in die Dienste Kemal Paschas einzutreten, ist durch diese Schrift dann

Dollar 8000—8300.

Bei Beginn der neuen Woche war das Geschäft am Devisenmarkt auffallend still. Die Rede des Reichskanzlers beim gestrigen Presseempfang im Reichstags hat keinen besonderen Eindruck gemacht. Der Dollar hielt sich ungefähr auf der Parität des New Yorker Marktkurses vom Sonnabend. Er wurde gegen Mittag mit 8000 bis 8300 gehandelt. Um so lebhafter ging es jedoch am Wertpapiermarkt zu. Die Hausse setzte sich in bisheriger Tempo fort. Aufsteigend liegen bei den Banken noch immer große Kaufordere für ausländische Rechnung vor. Besonders rege war heute das Geschäft in Montanwerten, Schiffahrtaktien, Kaffiwerten, Textilaktien und Petroleumpapieren.

alles ins andere Fahrwasser gekommen. Dohlschläger fragte mich direkt: Willst Du mit nach Kassel?

Vorl. (jedes Wort betonend): Also in der „Deutschen Klausur“ haben zwei deutsche junge Leute vereinbart, einen dritten Deutschen, der ihnen politisch nicht genehm war, kaltblütig durch Mord zu beseitigen. Ja, ist denn das denkbar? Sind wir denn soweit gekommen? Im Juni ist die Tat ausgeführt worden, also haben Sie diesen Gedanken von Ende April bis Anfang Juni erwogen. Wenn jemals von der überlegten Ausführung einer Tat gesprochen werden kann, dann hier, wo es sich um ein Schabbeispiel der Ueberlegung handelt. Wie sind Sie denn auf diesen Plan gekommen? Leute von Ihrem Bildungsgrad kommen doch nicht urplötzlich auf solche Gedanken.

Angekl. Huster: Wir sprachen auf der Toilette des Restaurants darüber. Allerdings noch nicht über die Ausführung des Planes.

Vorl.: Aber warum denn? Weshalb sollte denn ausgerechnet Oberbürgermeister Scheidemann beseitigt werden? Zur Verhütung künftigen Unrechts oder als Rache für früheres Unrecht?

Angekl. Huster: Ich habe in Scheidemann den gesehen, der vom Jahre 1918 an die Revolution vorbereitete; hat, der die Meuterei der Marine selbst eingeleitet hat, der sich in Berlin an die Spitze stellte und sich so zum Rührer der Revolution aufschwang und der dann schließlich später aus Angst vor der eigenen Verantwortung zurücktrat.

Vorl.: Selbst wenn diese einseitige Auffassung richtig war, moher nahmen Sie sich denn das Recht, ihn dafür zu bestrafen? Sind Sie denn so entartet, daß Sie sich einfach über Recht und Gesetz hinwegsetzen, wo wir doch in einem Staate leben, der Gott sei Dank wieder anfängt, an Ordnung gewöhnt zu sein?

Angekl. Huster: Ueber das Strafrechtliche an meiner Handlungsweise

habe ich mir keine Gedanken gemacht.

Vorl.: Sie dachten sich also einfach: Politik — also Recht beiseite! Der Angeklagte äußert sich dann weiter über die Vorbereitungen des Attentates, die gemeinsame Reise nach Kassel, wo beide bei einer Frau v. Schlieben Wohnung nahmen, um von dort aus Scheidemann beobachten zu können.

Vorl.: Haben Sie nicht vor Ihrer Reise nach Kassel mal gehöhert, ehe Sie nach der Türkei gehen und Deutschland verlassen, würden Sie noch einen mitsprechen?

Angekl. Huster: Das ist mir nicht erinnerlich.

Auf weiteres Befragen gibt der Angeklagte dann an, daß ihm an Geld mittels sein Monatsgehalt in Höhe von 3000 Mk. und 2000 Mk. Ersparnisse zur Verfügung standen. In Kassel habe er zuerst gehöhrt, daß Scheidemann in einem Berliner Sanatorium sich befinde, und als er wieder nach Kassel zurückkam, daß er im „Pilsener Urquell“ verkehre.

Vorl.: Haben Sie nicht

vor der Hausüre Scheidemanns Posten gestanden und sich dabei sehr zudringlich benommen?

Angekl.: Wir sahen auf einer Bank am Wilhelmshöhe Platz, die 120 Meter von Scheidemanns Haus entfernt war. Von dort aus haben wir dann beobachtet, haben aber Scheidemann nie gesehen.

Vorl.: Haben Sie damals schon den Gummiball gehöhrt, mit dem das Attentat später ausgeführt wurde?

Angekl.: Nein. Den bekam ich erst 10 Tage vor Pfingsten. Nur Dohlschläger hatte eine Pistole, die aber damals defekt war. Ich dachte zuerst, daß Dohlschläger selbst die Tat mit dem Revolver ausführen werde und daß ich ihm nur den Rücken decken sollte.

Vorl.: Haben Sie nicht über die Ausführung des Planes Sechsendsechzig gespielt? Wer vector, sollte die Rolle des Täters aufspielen?

Angekl.: Das war nur ein Scherz. Wir haben zum Zeitvertreib Karten gespielt und Dohlschläger meinte: Wie wollen darum spielen, wer die Tat ausführt.

Vorl.: Ist denn ein überlegter Mord ein Scherz, über den man beim Kartenpielen entscheiden kann? Ich muß wirklich sagen, daß mir etwas derartiges in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen ist.

Angekl.: Als ich dann von einer vorübergehenden Reise nach Köln nach Kassel zurückkam, zeigte mir Dohlschläger zum erstenmal den Gummiball, der sich in einer Blechbüchse befand. Er sagte, die Flüssigkeit darin

wetgase und wirke tödlich.

Allerdings habe sie diese Wirkung nur innerhalb von 6 Tagen, danach würde die Wirkung ausbleiben oder zum mindesten fraglich sein. Auf meine Frage, moher die Spritze stamme, erhielt ich keine Antwort.

Vorl.: Die Spritze stammt aus einer Münchener Apotheke (zeigt die Spritze, einen kleinen roten, frisch zulaufenden Gummiball).

Oberreichsanwalt Ebermayer: Die Spritze ist nicht aus einer Apotheke, sondern ist nur in der Münchener Gummifabrik Meylex angefertigt.

Angekl. Huster: Dohlschläger, so war verabredet, sollte die Tat mit dieser Spritze ausführen. Kurz vor Pfingsten bekamen wir dann aber Streit darüber, ob wir die Sache überhaupt noch ausführen sollten. Dohlschläger meinte: Ich werfe den ganzen Laden hin und mache nicht mehr mit. Darauf antwortete ich: Laß mir die Sache und das Geld hier, dann mache ich es.

Vorl.: Was war denn das für Geld? — Angekl. Huster:

Dohlschläger hatte 20 000 M. in seinem Beiß.

Dohlschläger hat sich dann aber nicht darauf eingelassen, und so blieb es bei unserer Verabredung. Am nächsten Tag haben wir dann den Gedanken des Attentats überhaupt aufgegeben und wollten kurz nach

Pfingsten abreifen. Inzwischen waren wir von Frau v. Schlieben ausgezogen und übernachteten bei einem Regierungsrat v. Bettau. Pfingstsonntag sind wir dann mit dem Vorjah von Hauje weggegangen, den Ball zu vernichten. Wir wollten ihn im Freien vornehmen.

**Vorf.:** Worum denn nicht im Ofen?  
**Angell.:** Weil wir nicht wußten, welche Wirkung das haben würde.

**Vorf.:** Scheuen Sie sich wirklich nicht, in letzter Minute ein derartig nutzloses Verteidigungsmittel zu gebrauchen?

**Angell.:** Vor dem Hause Scheidemann haben wir ihn plötzlich mit einer Dame und einem kleinen Mädchen herauskommen, was uns ganz überraschend war. Als er dann in die Elektrische nach Wilhelmshöhe einstieg, fuhren wir im Anhängewagen mit und folgten ihm, in Wilhelmshöhe angelangt, in etwa 200 Meter Entfernung. So sind wir ungefähr eine Stunde lang gelaufen.

**Vorf.:** Ist es nicht ein furchtbarer Gedanke, mit diesem Entschluß eine ganze Stunde lang zu laufen, angeht des unschuldigen kleinen Kindes?

**Angell.:** In einem Hohlweg ließ Dehlschläger dann die Sachen aus dem Rucksack nehmen und, als wir 20 Meter von Scheidemann entfernt waren, sagte er plötzlich zu mir:

**„Da, geh' und mach'!“**

Wir fuhr es plötzlich in den Kopf, daß Dehlschläger in diesen Worten die Absicht hatte, mich zu töten und blickte nach ihm. Ich sah, daß er zwischen Scheidemann und seiner Tochter durch und spritzte ihm die Flüssigkeit nach dem Kopf, nachdem ich vorher den Schutzhelm entfernt hatte.

## Cuno und die Rechte.

Ueber die tatsächliche Behandlung der Regierung Cuno bestehen innerhalb der Parteien starke Meinungsverschiedenheiten, die auch in der Presse zum Ausdruck kommen. Im deutschen nationalen „Tag“ bricht Erich Schwarzer für die neue Regierung mehrere Lanzen, er hat die Unverschämtheit, von einem „Ansturm der Sozialisten und der Franzosen“ zu sprechen, den abzuschlagen er „alle vernünftigen Leute in Deutschland“ auffordert. Das Geräu über die Schwäche des Kabinetts sei „blöde Kinderlei“.

In der völkischen „Deutschen Zeitung“ höhnt dagegen Oberfinanzrat Dr. Bang über die „Taktik der mittleren Linie“. Die Vorgänge der letzten beiden Wochen, das heißt die Hoffnungen des Bürgertums auf Cuno, hätten die politische Kindlichkeit der Deutschen bis in die sog. Rechtskreise hinein wieder einmal in helles Licht gestellt. „Wann kommt ein Retter diesem Land?“ ruft Bang pathetisch aus und gibt damit zugleich der Meinung Ausdruck, daß Cuno dieser Retter eben nicht ist.

Nach deutlicher wird der Berliner Korrespondent der „München-Kugsburger Abendzeitung“. Cuno sehe die Anbiederungsversuche an die Sozialdemokratie fort. Besser wolle durch Erhöhung der Zwangsanleihe Deutschland das Betriebskapital entziehen, er zeige durch eine große Geste den Franzosen, was sich alles noch herauspressen lasse. Das sei die dümmste Politik. In der amerikanischen Botschaft mache man besorgte Gesichter, man habe von Cuno eine „Ablehnung der Bolschewisierung“ erwartet und fühle sich enttäuscht.

Also, man wirft sich gegenseitig blöde Kinderlei und politische Kindlichkeit vor, und was der eine alle vernünftigen Leute zu unterstützen auffordert, das ist nach der Meinung des anderen die dümmste Politik.

## Verhandlungsangebot an Frankreich.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Bei dem Empfang, den der Verein „Berliner Presse“ am gestrigen Sonntag im Reichstag veranstaltete, hielt der Reichskanzler eine längere Rede. Nachdem er über die Bedeutung der Presse und ihrer Arbeit gesprochen hatte, sagte er u. a.:

Niemals ist im Kabinett etwas laut geworden, was im leisesten daran zweifeln ließe, daß dieses Kabinett

auf dem Boden der Verfassung

steht, auf die wir alle vereint sind — und wir sind gewohnt, unseren Eid zu halten! Von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des

Kabinetts habe ich bisher noch nichts erfahren. Das einzige Motto, das mich an meinem Platte sein läßt, ist die tiefempfundene Pflicht zum Vaterlande! (Bravo!)

Sie kennen die Not der mittleren und unteren Wirtschaftsklassen unseres Volkes, auch die Liebergriffe, die von einzelnen begangen werden. Sie wissen, wie tief und grundtief die Umgestaltung aller Volksschichten und Vermögensklassen ist, und wie neue Reiche sich nicht nur der Reiche, oder nicht der Pflanzten des Reichtums bewußt sind (sehr richtig!), wie Spiel und Tanz eine ungehörliche Rolle spielen, während Tausende und aber Tausende unserer Volksgenossen in bitterer Not verkommen, da fehlt es an dem richtigen Vertrauen des einen zum anderen, an der richtigen Hilfsbereitschaft, an der richtigen Moral! (Sehr richtig!) Darum appelliere ich an alle im deutschen Volke, die über das Maß dessen haben, was zum Leben nötig ist, und sage ihnen und bitte sie: Sehen Sie und denken Sie daran, daß wir alle Deutsche sind, und daß die wertvolle Hilfe des einzelnen zum Volksgenossen mehr, unendlich mehr leisten und unendlich mehr Gutes tun kann, auch für die Zusammenfassung aller Kräfte, und die Wiederherstellung des Vertrauens unter uns und zu uns allen, als es Regierungsgesetze und -handlungen tun können. (Lebhafte Zustimmung und Bravo!)

Nicht nur unter uns, nein, der Welt fehlt das Vertrauen, und das ist der Grundstock alles Heils. Die Welt muß wissen, daß wir, ein Volk in tiefster Not, eifrig befreit sind, eine klare Lösung der außenpolitischen Fragen zu finden, eine Lösung, die uns Arbeit und Existenz unter

Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen

ermöglicht. Als ich vor neun Tagen hier sprach, habe ich den Versuch gemacht, in aller Offenheit und Einfachheit und ohne jeden rhetorischen Effekt, einem solchen Verhältnis des Vertrauens und des Glaubens an Ehrlichkeit und Wort zu dienen und die Dinge so einfach darzustellen, wie sie sind und wie sie von allen verstanden werden können. Das hat man nicht überall so aufgenommen, wie es gemeint und wie es gewollt war. Man hat namentlich in französischen Kreisen gefunden, daß die Erklärungen zur Reparationsfrage unklar und daß man den Willen vermisste, auch nur in dem Umfange zu leisten, in dem es damals begrenzt war. Das ist irrig! Der Grundsatz, daß

wir nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. November leisten können,

kann den Verständigen, der die deutsche Wirtschaft kennt, nicht enttäuschen. Und eine weitergehende Erklärung hätte nur einen Unverständnis, der die deutsche Wirtschaft nicht kennt, täuschen können. Das Problem ist auf einen einfachen Kern zurückzuführen. Sie sehen einen Schuldner, der nicht leisten kann, weil er das letzte, was er notwendig zur Existenz braucht, fortgibt. Sie sehen einen Gläubiger, der aus dem Schuldner möglichst viel herausholen will. Was für Nutzen hätte es, wenn der Schuldner sagen würde: Ich kann dir, Gläubiger, in kurzer Frist sozial zahlen, obwohl er weiß, daß er das nicht leisten kann? Auch geschäftlich ist es klug und notwendig, die Grenze der Wahrsamkeit nicht zu überschreiten.

Diese Wahrheit ist, ohne die die Lösung nicht gefunden werden kann, nehme ich für mich in Anspruch. Ich stehe seit längerem Jahren in der internationalen Arbeit und habe eine Reihe von Verträgen und Abmachungen geschlossen, die dem Glauben und dem Worte nach unverfüllt erfüllt worden sind. Allerdings, das Vertrauen vom einen zum anderen wird nur geschaffen werden können, wenn man

in offenen Verhandlungen von Mann zu Mann

einander gegenübersteht und sich sagt, wie weit und aus welchen Gründen man nicht weitergehen kann. Wenn es zu Verhandlungen kommt, werde ich mich in keiner Weise etwa Frankreich gegenüber benehmen, denn wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen, wo immer die Möglichkeit von Verhandlungen geboten wird. Nur durch solche Verhandlungen können die Grenzen des Möglichen, innerhalb deren wir leisten können, abgeklärt werden, nicht durch Ultimatum und Einmischungen. Ehrlich bereit, jede Arbeit zur Ausführung und Ausfüllung der Note vom 13. November zu tun, werden wir uns bemühen, den Weg zur Lösung der Reparationsfrage zu finden, in engster Fühlung mit Parlament und Wirtschaft. Wir werden nicht die Hände in den Schoß legen und einfach warten, auch nicht auf das Mittel der anderen.

Ob der Erfolg eintreten wird, hängt nicht von uns ab. Noch fehlt es am Glauben an die Aufrichtigkeit und die Ehrlichkeit unserer Worte, den wir beanspruchen dürfen, und immer erleben wir, wie der Friede, den das deutsche Volk sucht und dem es eifrig dient, auf der anderen Seite noch nicht wölket. Die Verleumdung der von uns abgegebenen Erklärungen, Geist und Wortlaut der neuesten

## Note über Passau und Ingolstadt.

wie die zum Teile wieder demontierten Absichten und Stimmen, die aus Paris herüberdrängen, das alles klingt nicht, als ob wahrer Friede und förderndes Verständnis für eine Zusammenarbeit der Völker schon eingezogen wären (Sehr richtig!) und erfüllt uns mit schwerer Sorge. Den

## Einmarschdrohungen

gegenüber und den besonderen Maßnahmen, die im Einverständnis besprochen worden zu sein scheinen und die im Rheinlande beantragten, einem Lande, wo jeder Stein von deutschem Leben spricht, allen diesen Drohungen gegenüber wollen wir nur erneut erklären, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehört und Deutschland fest zum Rheinland steht. (Weißall und Hundskäsechen.) Wir können und werden nicht zulassen, daß Rheinprovinz, Pfalz, Rheinhessen und Saargebiet jemals preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet oder hinausgeschoben wird. (Erneuter Weißall u. Hundskäsechen.)

Kommt man überall zur bescheidenen Politik der Sachlichkeit und werden die Schwierigkeiten und Hemmnisse endlich überwunden, die einer lachenden Regelung der Reparationsfrage entgegenstehen, dann wird der feste Punkt gefunden sein, die Wirtschafts- und Preisfragen der Ordnung entgegenzuführen. Entschlossen, schon vorher keinen Blick von diesem Problem zu lassen und alles zu tun, was möglich ist, erhebe ich den Appell an die Welt, endlich zuzulassen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir unser Volk und seine notleidenden Schichten aus dem Wirbel und dem sprunghaften Steigen aller Preise, der Verteuerung und Verschlimmerung unserer Lebenshaltung durch

die Stabilisierung der Markt

endlich retten können.

Wehr fast als ein anderer Beruf leidet die Presse. Aus Hunderttausenden von Haushalten schwinden Zeitung und Buch. Soll wirklich zur materiellen und geistigen Verarmung kommen? Mag die Welt ein armes Deutschland sehen, ein seltsam verarmtes Deutschland, ein Deutschland, das weniger geistig und weniger deutsch ist, als das Deutschland vergangener Zeiten, soll sie nicht sehen. (Bravo!)

Im Reichstag einigte sich die große Mehrheit auf das sachliche Arbeitsprogramm. So hoffe ich, daß Sie alle sind in dem einen großen Gedanken, der Errettung unseres Volkes aus seiner Not. Dem deutschen Lande, das jetzt niederbrückt, beherrscht und befehligt, aus tausend Wunden blutet, dem deutschen Volke, das vier Jahre, nachdem die Waffen ruhen, noch heute das schmerzliche Schicksal eines Volkes zu ertragen und noch heute die Ungewißheit auf seinen Schultern lasten hat, dem Lande und dem Volke gelte unsere gemeinsame Arbeit! (Unhaltender stürmischer Weißall und Hundskäsechen.)

Der Veranstaltung wohnten auch der Reichspräsident und der Reichstagspräsident bei. Georg Bernhard als Vorsitzender des Vereins hatte programmatische Begrüßungsworte gesprochen.

## Die Kommunistenerschießung in Wörmlich.

Leutnant Hoppe zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Schwurgerichtspruch in Halle, über dessen Inhalt und Verlauf wir berichtet haben, verurteilten die Geschworenen bei Pohl sämtliche Schuldfragen, Leutnant Hoppe dagegen wurde der mittelbaren Täterschaft des versuchten Totschlags (unter Zuhilfenahme miteinander Umstände) schuldig gesprochen. Leutnant Hoppe wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, Gefreiter Pohl wurde freigesprochen.

Verurteilung der Schweizer Vermögensabgabe. Das sozialistische Volksbegehren auf Vermögensabgabe wurde mit 725 000 gegen 110 000 Stimmen bei 85 Proz. Beteiligung abgelehnt. Die Kapitalisten jubeln.

Die bairische Regierung hat gegen den Vorstand des Badi-schen Landbundes ein Strafverfahren beantragt, weil dieser sich in einem Beschlusse gegen jede Getreideabgabe ausgesprochen hatte.

Schülerräte und Schulgemeinden an den gewerblichen Fortbildungsschulen — diese Forderung der Arbeiterjugend hat die sozialdemokratische Gemeindevorwaltung von Wien erfüllt und als Sachorgan ist jetzt der „Der Schülerrat“ zum erstenmal erschienen, herausgegeben in zwangloser Folge vom sozialistischen Schülerrätekomitee des Bundes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zur Modernisierung des Lehrplans und der Erziehung beitragen, für Ordnung und Hygiene in den Schulräumen, für das Vorhandensein der Lehrmittel zu sorgen, das sind die Hauptaufgaben der Schülerräte. Bezirkschulräte und ein Schülerräte-tutis werden errichtet.

## Winterschlaf.

Von Peter Scher.

Vornehme Leute, die so romantisch veranlagt sind, einen Laubfrosch zu halten, haben eigens eine gläserne Villa für ihn mit laufend imitiertem Moos und echten Steinen, die in verdäufelnder Nachahmung unecht vortäuschen. Ein gabelnes Springbrunnchen läßt ein Sträßchen 4711 in ein kristallines Badewännchen fallen, und alles ist so, daß das Fröschen ein Alibi bekommen.

Nicht so beim Schriftsteller, der das Tier in einem Einmacheglas wohnen läßt, damit gleichzeitig zum Ausdruck bringend, daß er sonst nichts einzumachen hat.

Immerhin: auf unechten echten Steinen zwischen eben natürlichem Moos vergraben höfend, so daß nur das breite Köpfchen mit den halbgeschlossenen schwarzen Augen sichtbar war, phantasierte der Laubfrosch des Schriftstellers an einem trüben Herbstmorgen wie folgt:

„Jetzt wird es Zeit zum Winterschlaf. Die Fliegen sterben aus. Seit drei Tagen habe ich keinen warmen Kaffeekegel im Mund gehabt. Wie schön ist's doch im Einmacheglas des Schriftstellers. Wollte Gott, er hätte es auch so gut wie unsereiner und könnte, sobald nichts mehr zu fressen da ist, schlafen, schlafen, schlafen — bis die Sonne und die fetten Fliegen wieder kommen. Ach, wie ich müde bin — die Lider fallen mir zu... übrigens sonderbar, daß der liebe Gott nicht auch den Menschen die praktische Möglichkeit verliehen hat, zu schlafen, wenn sie keine Nahrung haben — sonderbar — sonderbar...“

Falsch gedacht!

Ueber Nacht kam der Frühling. Von seinem warmen Atem gewacht, erwachte die halberstarrte Natur. Die Sonne brännte plötzlich wieder wie im dicksten Sommer; die Rücken schwärmten; die heizenden Fliegen kamen zu sich und wickelten sich kopfüber gegen die Fenster stürzend, nach einem eingebildeten Sommer lang wie besessen umher. Sogar die Menschen fielen auf den Bluff herein und waren einen Tag lang neu belebt.

Da erwachte der Laubfrosch in seinem Einmacheglas. Er rieb sich die Augen mit beiden Pfoten, schnappte heftig mit dem breiten Maul und brach in die bittere Reflexion aus:

„Eine schöne Vorlesung! Ich begehe mich, meinem Instinkt zufolge, in den Winterschlaf. Die Leute stellen, auf meinen Instinkt vertrauend, das Einmacheglas beiseite und denken — wahrenscheinlich mit Recht —: Der hat es gut — der ist's auf lange los... und jetzt bin ich wach und höre die dicksten Fliegen brummen, die mir niemand fängt. Wo ist da Sinn und Ordnung, lieber Gott? Was lang ist an? Die Welt ist aus den Fugen. Darüber kommt kein Laubfrosch weg!“

Die Streikenden spielen! Auch im Schauspielgewerbe ist der Unternehmer im Besitze der Produktionsmittel. Damit kann er jedoch nichts beginnen ohne die Arbeitskraft der Künstler. Diese aber können auch einmal ohne die glänzenden Kunsttempel mit all ihren modernen Bühneneinrichtungen ihre Kunst zeigen, wie das die streikenden Schauspieler Sonntagabend auf den sehr dürftigen Brettern der Bühne in der Böhm. Brauerei bewiesen haben.

Wir spielen heute nicht um Geld, sondern um unser Recht und um die Freiheit der Kunst, versprechen die Streikenden durch den Mund von Wilhelm Dieterle in ihrem Streikprolog. Die besten Kräfte hatten sich zur Darstellung von Schillers „Kabale und Liebe“ eingefunden. Eine bessere Besetzung konnte Schillers aufstrebendes Jugenddrama nicht finden: Wilhelm Dieterle gab den Präsidenten, Paul Hartmann den Ferdinand, Max Galsdorff den Hofmarschall. Die Lady Wilford wurde von Maria Fein, Wurm von Werner Krauß, der alte Miller von Heinrich George, Luise von Rene Stobrava und der Kammerdiener von Paul Grach gegeben. Und wer nicht mitspielte, der suchte sich an der Kasse oder sonstwo nützlich zu machen. Die Mängel der Bühne beachtete niemand, das Spiel dieser Darsteller rief alle mit, man sähe, daß es heute wirklich nicht um Geld ging. Die Besucher dieser Vorstellung erlebten einen Kunstgenuss, an den sie für immer denken werden, sie dankten den Künstlern mit nicht endemüssendem Weißall. Und um dieselbe Zeit mußten sich die zahlungsfähigen Kreise der Rotter-Bühne mit den Darbietungen von Kräften begnügen, die man sich aus Teufels-Bodenbach verschrieben hatte.

Die Streikenden wollen, solange der Streik währt, auch weiterhin in den Berliner Arbeitstheater ihre Kunst dem Volke vermitteln und so auch ihrer Streikfrage einige Munition mit zuführen. Unseren Lesern können wir nur raten, sich die Gelegenheit solcher einzigartigen Darbietungen nicht entgehen zu lassen. Die streikenden Schauspieler, die beweisen, daß es auch ohne die Direktoren geht, weisen der Entwicklung den Weg: Eintracht wird das Theater den Dichtern, den Darstellern und dem Volke gehören!

Das Theater der Schauspieler. Die streikenden Schauspieler geben zunächst folgende Vorstellungen: Dienstag, 6. d. M., 7 1/2 Uhr: „Kabale und Liebe“, Bühnenbauerei, Veranstalter Alice Pitt; „Anna von Carabell“, Schwedentanz, Mittwoch, 6. d. M., abends 7 1/2 Uhr: „Anna von Carabell“, Schwedentanz; „Schloßpreier“, „Verdacht“, „Erbsenreißer“, Kurz- und Langstücke, Donnerstag, 7. d. M., abends 7 1/2 Uhr: „Anna von Carabell“, „Verdacht“, Bühnenbauerei, Freitag, 8. d. M., abends 7 1/2 Uhr: „Anna von Carabell“, „Kabale und Liebe“, Bühnenbauerei, Veranstalter Alice Pitt; „Schloßpreier“, Bühnenbauerei, Samstag, 9. d. M., 7 1/2 Uhr: „Der zerbrochene Krug“, „Apolotheater“, Sonntag, 10. d. M., 8 1/2 Uhr: „Der zerbrochene Krug“, „Apolotheater“.

Reinigungsarbeiten sind im Werke u. a. wie Toller's „Wandlung“ und „Kollektive“, „Bourgeois Watermaid“, „Kochens „Ommel und Pöhl“, „Rechts „Familie Schloßpreier“, „Traut von Weidner“, „Die Reklamation“ spielen mit: Ludolph Berger, Jürgen Kelling, Heinz Goldberg, Karlheinz Kattin, Berthold Bierel, Fritz Wenzhausen.

Die Aufführung der Akademie der Künste. Im Gefolge der Novemberrevolution wurde auch die Umgestaltung der höchsten Akademie der Künste zur Erörterung gestellt. Die tabula rasa Forderung lautet: fort mit der Akademie! Sie hat weder in ihrer alten noch in ihrer reformierten Form Bedeutung mehr für das Kunstleben.

Indes die Richtung, die sich mit einer Erneuerung der Akademie begnügen wollte, gewann die Oberhand. Die neuen Mitglieder, die unter dem Ministerium Haenisch hineinkamen, setzten das Reformwerk von innen heraus fort. Die Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder der Akademie, Sektion für die bildende Kunst, hat jetzt die diesjährige Neuwahl von Mitgliedern wiederholt, nachdem zu Beginn des Jahres der Konflikt bei der Wahl eingetreten war und das vorgelegte Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung daraufhin einen neuen Wahlgang angeordnet hatte. Die nun erfolgten Neuwahlen fanden jedoch die Bestätigung des Ministers. Danach treten neu in die Akademie ein: als ordentliche Mitglieder die Berliner Maler E. R. Weich und Max Beckstein, die Bildhauer Wilhelm Gertel und Ernst Wand, die Architekten Hans Boeckig und Heinrich Straumer, der Graphiker Emil Dril. Zu ausserordentlichen Mitgliedern sind gewählt worden: von Deutschen der Maler Oberländer in München, der Maler Thomas Theodor Heine ebenda, der Bildhauer Josef Waderle, gleichfalls in München, dann von Dresdnern der Bildhauer Carl Uebler und der Architekt Heinrich Tessenow.

Die Schweizer Fürsorge für deutsche Kinder. Ueber das legendäre Werk der Fürsorge für erholungsbedürftige deutsche Kinder durch die Schweiz wird von seinem Organisator Prof. Abderhalden in einer Zusammenfassung berichtet. Von Juli 1919—1921 wurden 72 Transporte mit insgesamt 30 000 Kindern durchgeführt, von denen rund 3000 tuberkulöse Kinder in Schweizer Heimen, die übrigen in Schweizer Familien untergebracht wurden. Der Erfolg wurde an Körpergewicht, Körpergröße und Blutfarbstoffgehalt gemessen. Die in Heimen untergebrachten Kinder nahmen durchschnittlich 2,5 Kilogramm an Gewicht, 1,85 Zentimeter an Körpergröße und 8,5 Proz. an Blutfarbstoffgehalt zu. Wechnlich günstig waren die Ergebnisse bei den anderen Kindern. Bei einem durchschnittlich achtmonatigen Aufenthalt, der nur bei den tuberkulösen Kindern auf drei Monate ausgedehnt wurde, bedeutet dies einen außerordentlichen Erfolg.

Petersburg oder Petrograd? Die Sowjetpresse wirft wiederum die Frage auf, wie die Rema-Hauptstadt heißen soll: Petersburg oder Petrograd? Es wird auch vorgeschlagen, das ostslawische „Piter“ zum amtlichen Namen zu erheben. Eine Zufahrt in den „Isowitsch“ verlangt die Rückkehr zum historischen Namen und erklärt, daß die 1914 vom Jaren vollzogene Umbenennung eine Folge des damaligen Kriegschauvinismus gewesen sei. Bekanntlich hatte der Petersburger Sowjet Ende 1920 den Gebrauch des aus juristischen Zeiten kommenden Namens „Petersburg“ verboten.

Das Abschiedskonzert von Rudolf Busch findet am 6. Dez. im Bühnenpalast statt.

Alfred Schaeffer wird Mittwoch 8 Uhr im Vortragssaal des Grafen-Konrad-Bauhauses, Volkamer Str. 123 B III, aus eigenen Werken lesen.

Städtische Theaterkonzerte. Die drohende Gefahr der Schließung der Petersburger Oper und der Moskauer Staatsoper ist unabweisbar bedauerlich, da die beiden Opern auch bei dem bescheidenen Etat, mit großer Entschlossenheit, ihren Fortbestand sichern können. — Am 9. Dezember findet im Moskauer Revolutions-Theater die russische Singschule von Ernst Toller's „Wasser und Wein“ statt.

## Die Londoner Vorkonferenz.

Nachdem sämtliche in Frage kommenden Ministerpräsidenten der englischen Regierung ihre Bereitwilligkeit mitgeteilt haben, der Einladung Bonar Law's Folge zu leisten, ist die Abhaltung der Londoner Vorkonferenz gesichert, und zwar soll sie am kommenden Sonnabend vormittag beginnen. Ihr Verlauf und Ausgang ist jedoch noch sehr ungewiss. Eine Haavonote erklärt den Vorschlag Bonar Law's, Deutschland ein weiteres zweimonatiges Moratorium zu gewähren, für überholt; diese Anregung habe nur für den Fall gegolten, daß die Ententeeregierungen vor Ablauf des gegenwärtig noch laufenden Moratoriums, d. h. vor dem 31. d. M. keine neue Entscheidung treffen würden. Durch die Tatsache der Londoner Vorkonferenz sei jedoch diese Sorge hinfällig.

Die „Times“ lassen sich aus Brüssel melden, daß die Regierungen Frankreichs und Belgiens übereinstimmend der Ansicht seien, daß in der bevorstehenden Londoner Vorkonferenz eine Lösung der Reparationsfrage auf der Grundlage einer ausländischen Anleihe gefunden werden wird, von der Frankreich den Betrag seiner Reparationen und Belgien den Betrag seiner Prioritätsrechte erhalten würden. Komme diese Lösung nicht zustande, dann würde Frankreich seine Handlungsfreiheit beanspruchen und Pfänder ergreifen, d. h. insbesondere das Ruhrgebiet besetzen. Von der Verwendung dieser auswärtigen Anleihe zur Stabilisierung der Mark ist in diesem Drahtbericht der „Times“ keine Rede. . . . Ob wirklich die Ansichten Frankreichs und Belgiens so vollkommen übereinstimmen, darf allerdings bezweifelt werden. Indessen wird dem „Deuore“ aus Brüssel gemeldet, daß die Regierung Theunis erschüttert sei und noch vor der Brüsseler Konferenz befristet werden dürfte. Da als Nachfolger des Ministerpräsidenten der jetzige Finanzminister Jaspard genannt wird, der sich stets als ein sehr gefügiges Werkzeug der französischen Politik gezeigt hat, während Theunis sich seit Genes weit mehr von den rein belgischen Interessen hat leiten lassen, würde eine Regierungstruppe in Belgien den französischen Wünschen entsprechen.

Obwohl natürlich die Haltung Belgiens in London von höchster Wichtigkeit für die dort zu treffende Entscheidung sein wird, zumal Stellen, im Gegensatz zu den letzten drei Jahren, jetzt das französische Spiel unterstützt.

Trotzdem sieht es keineswegs so aus, als ob England ohne weiteres den Forderungen Poincaré's nachgeben werde. Es ist erstens noch nichts darüber bekannt, daß sich Bonar Law die französische Auslegung seines Vorschlags auf Gewährung eines zweimonatigen Moratoriums zu eigen mache. Viel wahrscheinlicher ist es, daß er diese Anregung keineswegs als hinfällig betrachtet, da eine definitive Regelung des Reparationsproblems auf der Vorkonferenz doch nicht zu erwarten ist. Bekanntlich will die englische Regierung die Reparationsfrage auf alle Fälle mit der der interalliierten Schulden verquiden, d. h. zumindest keine weittragende Beschlüsse fassen, ehe sie nicht in der Frage der interalliierten Schulden klar steht. Deshalb wartet sie auch die Rückkehr des Finanzministers Baldwin aus Amerika ab, und da dieser erst gegen Ende des Monats nach England zurückkommen dürfte, wird Bonar Law seinen Vorschlag gar nicht als hinfällig ansehen. Uebrigens zeigt sich die englische Presse noch wie vor sehr ablehnend gegenüber den Forderungen Poincaré's. „Oberster“ hebt die Bedeutung der Londoner Vorkonferenz hervor, deren Scheitern das Ende der Entente und die Wertlosigkeit eines jeden neuen Orientabkommens bedeuten würde. „Daily News“ stellt fest, daß der bisherige Streit um die Reparationen Europa in einen chaotischen Zustand versetzt habe, so daß die öffentliche Meinung die Fähigkeit und den Willen der Regierungen bezweifelt, diese Frage zu lösen. Nebenfalls würden die französischen Bononette weder die deutsche Mark noch die französischen Finanzen wiederherstellen können, sondern nur Deutschland in den Zustand Oesterreichs und in die Arme des Bolschewismus treiben.

## Bankkrach in Mähren.

Bránn, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die „Mährisch-Schlesische Bank“ ist zahlungsunfähig geworden. Die Passiven betragen nach Zeitungsmeldungen zwei Millionen tschechische Kronen (520 Millionen Papiermark); diese Angabe wird zwar bestritten, aber unter allen Umständen übersteigen die Passiven um ein Vielfaches das Aktiva. Zwei Direktoren der Bank wurden verhaftet. — Die Bank ist eine ausgeglichene Gründerbank und Schuld an dem Zusammenbruch dürfen Überbetätigung an Neugründungen, schlechte Verwaltung, unvorsichtige Gewährung höherer Kredite und wachsende nicht richtige Bilanzierung für 1921 sein, wo noch bedeutende Gewinne ausgewiesen wurden, so daß jetzt Verwaltungskreise ihre Tausche zurückzahlen.

Hierzu wird uns noch mitgeteilt, daß die früheren Banken der Tschechoslowakei durchaus fest und in ihrer Zahlungsfähigkeit unbedroht sind. — Der Krach des Brünnener Bankunternehmens hängt natürlich mit der schweren Währungs- und Produktionskrise zusammen, die das enorme Steigen der Inflation zur Folge gehabt hat.

## Konstantins Bruder verbannt.

Die Nordjustiz gegen die Minister und Heerführer Konstantin hat böse Folgen, auch ohne britische Strafmaßnahmen. In der thrazischen Armee gehts drunter und drüber; ob sich die Türken das nicht zunutze machen und auch Westthrazien infulgieren werden, muß sich bald zeigen. Jetzt hat man in Athen gegen Konstantins Bruder, den Prinzen Andreas, verhandelt, weil er, dessen Truppen schon geschlagen waren, einen Angriffsbefehl nicht befolgt hatte. Das soll zur Niederlage bei Salheria geführt haben. Andreas wurde nur zum Chargenverlust und zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

## Devisenkurse.

	4. Dezember		2. Dezember	
	Käufer (Weiß-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs	Käufer (Weiß-) Kurs	Verkäufer (Weiß-) Kurs
1 holländischer Gulden	8316.68	8388.82	8281.90	8248.10
1 argentinischer Papier-Peso	8107.20	8122.80	8012.45	8027.55
1 belgischer Franc	540.14	542.86	539.65	541.85
1 norwegische Krone	1501.23	1508.77	1506.22	1518.78
1 dänische Krone	1655.85	1664.15	1633.40	1641.60
1 schwedische Krone	—	—	2164.57	2175.43
1 finnische Mark	—	—	207.48	208.82
1 japanischer Yen	—	—	8040.12	8059.08
1 italienische Lire	409.98	409.02	890. —	401. —
1 Dollar Sterling	87057.10	87242.90	86907.50	87042.50
1 Pfund	8829.12	8870.88	8829.37	8870.63
1 französischer Franc	588.88	586.47	581.04	588.08
1 brasilianischer Milreis	—	—	907.80	1009.50
1 Schweizer Franc	—	—	1546.12	1553.88
1 spanischer Pesta	—	—	1268.52	1275.18
100 Herr. Kronen (abgest.)	—	—	11.82	11.88
1 tschechische Krone	—	—	280.84	282.16
1 ungarische Krone	—	—	8.52	8.54
1 bulgarischer Lewa	—	—	61.84	61.68
1 jugoslawischer Dinar	—	—	112.21	112.76

## Die Winterpause des Zoo.

Zu den Mitteilungen über den Haushalt des Zoo, die uns aus dem Betriebsrat gemeldet wurden (vergl. Nr. 505), erhalten wir von der Direktion eine Ergänzung. Gegenüber dem Hinweis auf den lächerlich geringen Preis der Altiennedarten und auf die sehr niedrige Pacht für Restaurant und Ausstellungshallen deutet sie hervor, daß über die Erhöhung der Altiennedarten die nächste Generalversammlung entscheiden müsse (ein solcher Antrag wird ihr vorgelegt werden) und daß ein höherer Pachtvertrag aus Restaurant und Ausstellungshallen nur von einer langwierigen Klage zu erwarten sei. Die Mehrzahlung für Nebentarten werde vielleicht 1/2 Million Mark bringen, könne aber erst im Frühjahr in Wirkung treten, während der Zoo jetzt jeden Monat etwa 8 Millionen Mark brauche. Die Schließung erspare für den Winter etwa 10 Millionen, selbst unter Berücksichtigung der entgehenden Eintrittsgelder, sie sei also dringend geboten gewesen, um das Unternehmen zu retten. Mit dem jetzigen Personalstand könne man den Zoo nicht offen halten, die Notwendigkeit der Auflösung und der Pflicht zur Wegerückhaltung (s. B. wegen der Hofpflicht bei Schnee und Eis) mache das unmöglich. Die Bühne sein bisher noch immer nach dem Septembertarif gezahlt worden, weil die Mittel nur dafür zureichten. Doch habe die Verwaltung fast in jeder Woche 2000 bis 3000 M. extra zur Tilgung von Lohnrückständen gezahlt, wie eben die Beihilfen aus den Sammlungen einfließen. Sie selber besage am meisten, daß der Zoo seine Leute bisher nur in dieser schleppenden Form bezahlen konnte. Aber die Verhältnisse seien stärker als der beste Wille.

## Der Magistrat spart.

Mit Energie versucht der Berliner Magistrat unter der Führung des Räumers seiner Finanznot auf den Leib zu rücken. Kürzlich konnte er Mitteilung machen, daß die „Abwicklungsstelle der Kriegsverwaltungen“ sich zu Ende abgewickelt habe. Jetzt hat er bei seiner Suche nach Sparmöglichkeiten folgenden schönen Tatbestand entdeckt: Etwa 16 000 Käufer von Kleidungsstücken aus der früheren Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge schulden insgesamt noch rund 1,8 Millionen Mark. Die ratenweise Einziehung dieser Schuldbeiträge liegt einer besonderen der Kammerleistungsbekleidungsstelle angegliederten Stelle ob, die mit 12 Beamten (1 Stadtschreiber, 1 Stadtschreiber, 2 Stadtschreiber und 8 Hilfskräfte) besetzt ist. Dieser umfangreiche Apparat arbeitet sehr sorgfältig und opferwillig an seiner ungemein wertvollen Aufgabe, tropfenweise die Gelder für die Stadt einzuziehen. Vielleicht hat der eine oder der andere um stillen Herzens gehofft, daß die armen Schuldner der Stadt noch möglichst lange mit der Bezahlung warten möchten, auf daß ihnen nicht das harte Schicksal der endgültigen „Abwicklung“ zuteil werde. Aber schließlich hat das Auge des Räumers oder seiner bösen Revolutionsgehilfen die Schweinerei doch entdeckt. Und so liegt denn dem Stadtvater eine Vorlage zur Beschlußfassung vor, in der der Magistrat ergebenst ersucht: „Die Verwaltung genehmigt die Niederschlagung der von etwa 16 000 Einzelschuldern ausstehenden Restschulden von rund 1,8 Millionen Mark für Kleidungsstücke aus der früheren Bekleidungsstelle der Erwerbslosenfürsorge.“ Die armen, nun gänzlich überflüssigen Beamten und Hilfskräfte werden der Ausgleichsstelle überwiesen.

Ob es nicht noch manche Möglichkeit gäbe, aus dem Streichen von Schulden einen materiellen Gewinn für die Stadt zu ziehen?

## „Deutsche Künstlerhilfe“.

### Ein groß angelegter Wohlfahrtsjahrbuch im Ausland.

Ein großes Schwindelunternehmen, durch das nicht nur eine Reihe von Leuten finanziell geschädigt worden ist, sondern auch die deutsche Kunst im Ausland stark gelitten hat, ist von der Kriminalpolizei jetzt ausgehoben worden. Der Urheber des ganzen Schwindels, ein Maler Rotho Waro, ist bei seiner Ankunft in Wien im März, wohin er sich von Berlin begeben hatte, verhaftet worden.

Vor einiger Zeit war von namhaften bildenden Künstlern ein Verein „Mähle“ gegründet worden, der u. a. auch den Zweck verfolgte, durch Vertrieb deutscher Kunstgegenstände im Ausland Mittel zu schaffen, um notleidenden Künstlern Unterstützungen zukommen zu lassen. Der Verein löste sich aber wieder auf, als der Maler Rotho Waro, der bei der Gründung eine führende Rolle gespielt hatte, sich Veruntreuungen zuschulden kommen ließ. Kurze Zeit nach der Auflösung der „Mähle“ gründete Rotho Waro nun selbst einen Verein, den er „Deutsche Künstlerhilfe“ nannte und dessen Zweck nach den Statuten derselbe sein sollte, wie die „Mähle“, in Wirklichkeit aber als ein reines Schwindelunternehmen bezeichnet werden muß. Rotho Waro landete nun an auswärtige Vertreter des Deutschen Reiches Messen mit Gemälden, Radierungen und Zeichnungen, die die Namen erster Künstler trugen und angeblich Originale waren, mit der Bitte, sie dort abzugeben, um aus dem Erlös notleidende deutsche Künstler zu unterstützen. Auf diese Weise wurden auch viele Bilder umgesetzt in einigen Ländern in so großer Zahl, daß sich die dortigen Künstler an ihre Behörden wendeten und über den deutschen Reichs-Beschwerde führten. Es handelte sich nämlich auch gar nicht um Originale, sondern um zum Teil sehr schlechte Nachahmungen, die Rotho Waro selbst oder andere für ihn hergestellten hatten. Das auswärtige Amt, bei der die Beschwerden einliefen, leitete sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung, die den Schwindel alsbald aufdeckte. Die „Zentrale“ in Charlottenburg war die Wohnung einer Frau, die autschändig ihre Schreibmaschine und ihren Telefonschluß dem Rotho Waro zur Verfügung gestellt hatte. Die Export- und Auslieferungsgesamt in Niederhohenhausen ist die Adresse eines Studenten, der für den Maler einige schriftliche Arbeiten geleistet hat. Die Adresse des Professors in Epanbau, an die Zahlungen zu leisten waren, war die seines Schwiegervaters, der von dem Unternehmen seines Schwiegerohnes gar keine Ahnung hatte. Die Aufdeckung des Schwindels erregt besonders in Künstlerkreisen großes Aufsehen. Geschädigte können sich nach beim Kriminalkommissar Straube melden. Dem deutschen Ansehen im Ausland ist durch diesen fieschen unverantwortlichen Schwindel wieder einmal ein empfindlicher Schlag verfehrt worden.

## Geister auf der Leinwand.

Oktulismus und Spiritismus gewinnen auch in unserer Zeit ihre Anhänger. So war auch der Aufführungsvorzug, den der Nervenarzt Dr. med. E. Wigner im Könlischen Gymnasium hielt, recht gut besucht. Im allgemeinen war eine sehr jugendliche Zuhörerschaft anwesend. Wer etwa hoffte, daß er restlos Aufklärung erhalten werde, kam nicht auf seine Kosten. Der Referent unterschied erstenscherweise zwischen Oktulismus und Spiritismus. Die Wissenschaft hat häufig eigenartig veranlagte Personen beobachtet und festgestellt, daß es okkulte Dinge gibt, die an bestimmte Personen in gewissen Altersklassen geknüpft sind. Uns unnatürlich erscheinende Bewegungsformen, die man z. B. bei dem bekannten Tischrücken usw. oft in nächster Umgebung wahrnehmen kann, haben nichts mit einer Einwirkung von Geistern, also mit dem Spiritismus zu tun, der schon unglaublich viel Unheil angerichtet hat. So erwähnte der Referent, daß im Allgäu eine ganze Familie ins Irrenhaus gebracht wurde und wartete dann noch mit einer ganzen Reihe von haarsträubenden Fällen auf, die ihm aus eigener Praxis bekannt waren. Er sprach ferner von der Hypnose, die eine Änderung des Bewußtseins mit sich bringe. Die Heilhypnose, von den Ärzten angewandt, könne den Patienten in gesundheitsfördernder Weise beeinflussen, dagegen sei es außer-

ordentlich gefährlich, wenn die Hypnose von Laien ausgeübt werde. Der Zustand der Hellhörigkeit von Personen ist auf eine fabelhafte Beobachtungsgabe zurückzuführen. Es gibt noch viele Dinge, die der Erklärung harren, die aber der Mensch bei seiner Zielstrebigkeit finden wird. Gewagte Experimente waren in Lichtbildern, die an und für sich wieder als gewagt anzupreisen sind, festgehalten. Es wurden Medien gezeigt, die Lichterscheinungen erzeugten. Die Versammlung war bald in zwei Lager geteilt. Günstige hätten, wenn die Zeit nicht so vorgeschritten gewesen wäre, sicher noch stundenlang von Spulfäden erzählt, und andere lehnten sich gegen diese Erscheinungsmöglichkeiten auf. Der Redner, an solche Situationen gewöhnt, vertrat vermittelnd und verbindlich seinen Standpunkt.

## Beginn der Alkoholgegenwehr.

### Zusammenstöße in Schöneberg.

Am gestrigen Sonntag begann die „Alkoholgegenwehr“ in Schöneberg mit Zusammenstößen zwischen Abstinenzanten auf der einen Seite und Gastwirten auf der anderen Seite. Von Augenzeugen wird uns darüber folgendes mitgeteilt: Da der geplante Umzug vom Polizeipräsidenten auf Grund des allgemeinen Verbots unternommen werden war, versuchten abstinente Arbeiter und Guttempler durch Plakate und Flugblätter die Öffentlichkeit auf ihre Bestrebungen aufmerksam zu machen. Die gewöhnlich vereinzelt gehenden Plakatträger und Flugblattverbreiter ließ die Polizei zunächst im allgemeinen gewähren. Anders verhielten sich Vertreter des Alkoholgewerbes. Sie durchsuchten einige Straßen Schönebergs in Gruppen und überfielen die ruhig ihres Wegs gehenden Alkoholgegenwehrer. Als ein paar Arbeiterabstinente mit reich instruktiven Plakaten wie „Der Junker Husek hält's Volk in Dusek“ und „Am Bekleidungskompi meidet den Alkohol“ von der Hauptstraße aus in die Tempelhofer Straße einbogen, ging ein Trupp angetrunkenen Gastwirte zu brutalen Gewalttätigkeiten über. Mit Fäusten und Stöcken wurden die Plakatträger bearbeitet, Plakate und Flugblätter wurden ihnen entrißen und vernichtet. Die Schupo stand unthätig daneben und verhinderte nicht die Brutalitäten der Alkoholgegenwehr. In einer Gruppe tobender Subiker befand sich ein Angerunterener, der sich als „Kriminalschußmann“ ausgab und in der rohesten Weise auf die Arbeiterabstinente losging. Nach langen verneinlichen Verhören gelang es, die Personalle dieses Mannes festzustellen: er steht tatsächlich im Dienst der Polizei und heißt Braune, wohnt in der Gustav-Müller-Straße. Er wurde nicht filtriert, wohl aber eine große Zahl Alkoholgegenwehrer, die sich gegen diesen und andere Radikalsubiker zur Wehr setzten und die Polizei zum Einschreiten veranlassen wollten. — Wir glauben, daß die Alkoholgegenwehr einen wohl begründeten Anspruch auf Schutz und Hilfe seitens der Polizeibehörde haben, wenn sie vor wildgewordenen Gastwirten und anderen ähnlichen Leuten mit Gewalt an gefählich erlaubter Vollstreckung gehindert werden.

## Der Zauberkünstler im Spielzeugladen.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Auf dieser banalen Wahrheit beruht bekanntlich der ganze Erfolg des Zauberkünstlers. Diese Berufsgattung ist sehr auch, sobald ihre Angehörigen sich aus Deutschen zusammenfügen, darauf angewiesen, mit „kleinen Sachen“ aufzuwarten. Dabei sind diese am schwierigsten, weil sie die meiste Geschicklichkeit erfordern. Die sonnenanigen großen Nummern, die in den Varietés durch ihre Ausstattung und das ganze Drum und Dran die Blicke von den Händen des Künstlers ablenken, sind daher für diesen immer die leichtesten. Doch bringt die große Nummer das Mißgeschick von Gedächtnis mit sich, und das kann sich heutzutage, infolge der hohen Transportkosten, der deutsche Kunstform mehr erlauben. Aber auch kleine Nummern verfehlen nicht ihre Wirkung. Das sieht man im „Kinderparadies“, Potsdamer Str. 123, wo der Zauberkünstler Genin täglich seine kleinen Zuschauer erfreut und entzückt. Er bringt ein schwieriges Ballspiel, zeigt allerlei witzige und lustige Kortentrickschüsse, und zum Schluß präsentiert er, nachdem er aus Papier einen Kuchen gebacken — jede Hausfrau kann ihn um diese Fertigkeit beneiden — zwei lebende Tauben.

## Die Rattenbekämpfung am 9. und 10. Dezember.

Im den durch Ratten verursachten erheblichen wirtschaftlichen Schäden und Gesundheitsgefährdungen vorzubeugen, hat der Polizeipräsident — wie bereits kurz mitgeteilt — für Sonnabend, den 9., und Sonntag, den 10. Dezember, eine abendliche Rattenvertilgung in Berlin angeordnet. Eine Bekanntmachung, die alles Wissenswerte über die Entnahme und Auslieferung des Rattenvertilgungsmittels enthält, wird den Bezirksämtern durch die Protokommisionen des Magistrats ausgehändigt werden.

Die Ermordung des Teppichhändlers Kellner. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts begann heute die neue Verhandlung in dem Nordprozess gegen Frau Helene Spanier und Genossen wegen Mordes, begangen am dem Teppichhändler Kellner, die im Frühjahr dieses Jahres wegen des Ausbleibens wichtiger Zeugen abgebrochen werden mußte. Es sind weit über 100 Zeugen geladen worden. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Stegner. Mit Rücksicht auf das Fehlen des Kriminalkommissars Treitin ist der Prozess zunächst vertagt worden.

Der Weihnachtsmarkt im Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte soll auch in diesem Jahre auf den Plätzen und in den Straßen, wo er früher stattgefunden hat, abgehalten werden. Händler, die nicht im Besitz eines polizeilichen Erlaubnisbescheines sind und darauf angebrachten Quittung des Verbandes deutscher Händler und reisender Gewerbetreibenden, Ortsverwaltung Groß-Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 34, sind, können nicht auf die Zuweisung eines Platzes rechnen.

Zum Kampf um die städtischen Betriebe. Zu diesen Ausführungen in Nr. 463 legt Genosse Polenske Wert auf die Mitteilung: daß er in der Versammlung der kommunalen Betriebsräte nicht gefogt hat: Der Zweck der Umwandlung ist nur der, daß das Privatkapital nach und nach die Geldwerte der Betriebe für Papiermark zu bekommen sucht. Er habe vielmehr erklärt, daß bei der Umwandlung der städtischen Betriebe in eine andere Wirtschaftsform nach den bisherigen Erfahrungen die Rechte der städtischen Arbeiter geschmälert werden. Unsere Genossen würden den schärfsten Widerstand leisten, wenn die Umwandlung obigem Zweck dienen sollte.

Leibesgaben aus Norwegen. Aus Kristiania ist soeben ein Expresszug mit 15 Waggons Lebensmittel und Kleider nach Berlin und Wien gesandt. Mehrere Züge werden später erwartet. In Berlin werden die Leibesgaben durch das deutsche Rote Kreuz und in Wien durch ein norwegisches Hilfskomitee verteilt.

Das Lagergeld für Kellergeld ist von 24 M. auf 48 M. erhöht worden, ebenso die Aufbewahrungsgelder für Gepäc: Sie betragen nun 24 M. für die beiden ersten Tage, 24 M. für jeden folgenden Tag. Eine Wohnplatzkarte kostet 8 M.

Das Standgeld für Eisenbahnwagen ist von 900 M. auf 2250 M. für die ersten 24 Stunden erhöht worden. Für die zweiten 24 Stunden beträgt es nunmehr 3375 M. und für jede weiteren 24 Stunden 5625 M., d. h. für drei Tage hat man 11 250 M. Standgeld zu zahlen.

Eine öffentliche Elternversammlung findet am Dienstag, 5. Dez., 7 Uhr, in der Aula der 100. Gemeindeschule Reichensberger Straße, 100. Köster Str., statt. Tagesordnung: „Unser Schulrecht“. Erscheinen aller Interessenten notwendig. — Beim Genossen Loole, Bismarck Str. 19, gingen zur Unterstützung des Schulrechts an der 100. G. ein bezeichnende folgende Beiträge ein: Firma Gundlach durch Eiblens 2000 M. Firma Kempfermann durch Engel 480 M. Frederichsberger Elternwerke durch Dode 825 M. Alte Weile 825 M. Alte Loole 825 M. Sammlung Schubert, am 11. 22 1126 M. Alte Feder 125 M. Alte Jents 450 M. Sammlung d. Gen. Grün 2115 M. Summa 6880 M.

